Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Forst- Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff rentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 295 | Donnerstag den 19. Dezember 1918. | 77. Jahrg.

Insertionspreis 25 Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg., alles mit 50% Teuerungszuschlag. Tabellarischer und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. 30 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., bei der Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Sämtliche Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Eintreibung, gemeinsame Anzeigen verfall. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Der amtliche Teil befindet sich auf der vierten Seite.

Im A.- und S.-Parlament.

Im A.- und S.-Parlament.

Momentaufnahmen von Dr. Su-Berlin.

Die Bezeichnung schwankt etwas. Manche Redner scheinen dem Namen „Rätekongreß" aus dem Wege zu gehen, er klingt ihnen wohl zu russisch. Sie sprechen lieber von der Reichsversammlung oder gar, wenn sie mit der unerbittlichen deutschen Gründlichkeit noch fest verwachsen sind, vom Zentralrat der ASR. Aber das Aussehen der stattlichen Versammlung erinnert durchaus an gute deutsche Vorbilder. Ernst und ruhig sitzen sie da, in wohlgeordneten Reihen. Die Jugend nicht so sehr in der Mehrzahl wie im Großberliner Soldatenrat, der feldgraue Rock verschwindet fast unter der bürgerlichen Kleidung. Vom proletarischen Charakter des Kongresses, auf den in den Reden des öfteren mit besonderem Nachdruck hingewiesen wird, ist äußerlich nicht viel, oder sagen wir lieber: kaum etwas zu spüren. Die Präsidententribüne trägt roten Stoffschmuck, nun ja. Aber die Erwählten des Volkes, die da unten die Sitzreihen füllen, haben gar nichts Proletarisches an sich. Zumeist Gestalten, die auf wohlgeordnete Existenzen schließen lassen, gute deutsche Bürger, die ihrem Berufe nach ebensogut Handwerker, Beamte — und nicht bloß untere oder mittlere Beamte — wie Arbeiter im engeren Sinne des Wortes darstellen könnten. Von revolutionärer Stimmung kein Hauch; ein Parlament, wie wir deren schon viele in Deutschland gesehen. Das ist der erste Eindruck.

•

Ein Parlament auch mit der dazu gehörigen Opposition im Leibe. Das ist gut so, sonst würde die Veranstaltung bald schal und leer schmecken. Denn was die bestellten Referenten zu sagen haben, Herr Richard Müller, der vielgewandte und vielgeschmähte Vorsitzende des Vollzugsrates, und Herr Dittmann, der unabhängige Sprecher des Rates der Volksbeauftragten, es wird zwar respektvoll angehört und findet auch gehörigen Ortes mehr oder minder lebhaften Beifall; im Grunde aber wußten sie natürlich nur altbekannte Tatsachen zusammenzustellen, und das ist kein Kriegsbrot, das nährt. Ein kleiner Zwischenfall geht rasch vorüber, ohne tiefere Spuren zu hinterlassen. Liebknecht und seine Rosa Luxemburg begehren Einlaß oder lassen durch ihre Freunde wenigstens um Sitz ohne Stimme bitten. Abgelehnt die erste kleine Kraftprobe. Niemand achtet sonderlich darauf. Hier gilt die Ordnung selbstverständlich. Aber siehe da: plötzlich, inmitten der Debatte über den Geschäftsbericht der Regierung, ist derselbe Antrag unvermutet von den Toten wieder auferstanden. Ein Württemberger findet, daß die Abstimmung vorhin nicht vorschriftsmäßig vor sich gegangen sei, deshalb erneuert er das Verlangen nach Zulassung der beiden Führer, in ruhiger Sprache, aber schon mit deutlich vernehmbarer Leidenschaft. Man könne unmöglich diesen beiden Kämpfern für die Befreiung Deutschlands den Zutritt zu dieser Versammlung weigern, der sie die Wege zu weisen berufen seien wie sonst niemand. Man würde es draußen im Lande nicht verstehen, wenn gerade ihre Stimmen ausbleiben in dem revolutionären Konzert, das hier vor den Ohren der ganzen Welt veranstaltet werde. Drunten im Saale wird es lebendig. Es beginnt zu branden im Meere der Delegierten. Man merkt: eine Demonstration ist im Werden. Auch die Tribünen regen sich, Zurufe werden in den Saal hinuntergeschmettert. Die Glocke des Präsidenten bekommt Arbeit, viel Arbeit, und der Gegner gegen den Antrag, den er zum Wort verstattet, kann sich zunächst kaum Gehör verschaffen. Er will nachweisen, daß Liebknecht und Rosa Luxemburg kein Mandat für diese Versammlung bekommen hätten kraft einer Bestimmung der Wahlordnung, die von ihren eigenen Anhängern, und nicht etwa von den bösen Scheidemännern durchgesetzt wurde, und daß, wenn sie jetzt trotzdem hier zugezogen würden, auch die Gegenpartei für ihre abwesenden Führer das Gleiche beantragen würde. Es ist ein tapferer Mann, dieser Ingenieur mit dem schwarzen Barte, der den Mut hat, das Feld zu behaupten gegenüber einer Stimmung, die schon einige terroristische Beimischung aufzuweisen scheint. Der Präsident eilt zur Abstimmung: nur die Ecke drüben, wo die Württemberger sitzen, erhebt sich mit demonstrativer Geschlossenheit, auch auf der anderen Seite stehen zehn oder zwanzig Delegierte auf — sonst eisiges Schweigen auf der ganzen Linie. Abermals abgelehnt, verkündet der Präsident. Da bricht ein neuer Sturm los, wie ihn diese Mauern wohl noch nie erlebt haben. Es heult und zischt, es rast und braust durch den Saal, als wenn alle Elemente der Hölle losgelassen wären. Die Leute schimpfen, schreien, brüllen durcheinander, man stürzt auf die Gegner los, als wollte man statt der Kraft der Rede die Gewalt der Fäuste aneinander erproben. In einer Ecke geht es besonders munter zu: da hat ein Zwischenruf, von dem nur das Wort „Zuchthaus" deutlich zu verstehen war, die allgemeine Erregung vollends zum Sieden gebracht — kurz, die Versammlung hat unversehens wirklich ein beängstigend russisches Aussehen angenommen. Endlich, endlich, kann der Präsident wenigstens so weit Ruhe schaffen, um diesen Zwischenfall aus der Welt zu bringen. Was war's? Ein Mißverständnis, weiter nichts. Aber die Liebknechtleute geben noch keine Ruhe. Die Gegenprobe wollen sie haben. Nicht als ob sie hoffen könnten, ihre todsichere Minderheit sich in eine Mehrheit verwandeln zu sehen; aber sie wollen die Gegner ihres Helden zwingen, offen Farbe zu bekennen. Sitzenbleiben ist leichter, ist ungefährlicher als Aufstehen, denken sie. Aber da erst vollendet sich ihre Niederlage bis zur Vernichtung. Mit einem hörbaren Ruck, mit einer Entschlossenheit, der man es förmlich vom Gesicht herunterlas, daß sie nur auf diesen Augenblick des Hinaustretens aus zornentbrannten Gemütern gewartet hatte, schnellte die überwältigende Mehrheit der Delegierten in die Höhe. Nicht ein Fels, nein ein Gebirge von deutschen Männern, die hier gegen den Bolschewismus Zeugnis ablegten. Da hatten also die Württemberger ihre Gegenprobe. Sie schäumten, sie fluchten, sie liefen wild durcheinander, und von den Tribünen herunter wurden sie in ihrem Lärmen abermals wacker unterstützt. Aber — sie hatten es ja nicht anders gewollt und mußten sich schließlich drein ergeben. Vorübergehend machte es den Eindruck, als sollte die Versammlung regelrecht gesprengt werden, es fehlte nicht an verdächtigen Gestalten, deren Benehmen nichts Gutes erwarten ließ. Aber als ein sanfter Mann aus Bayern die Rednertribüne bestieg und sichtlich bekümmert in den Saal blickte, erbarmte man sich seiner und ließ ihn schließlich sein Sprüchlein sagen. Also doch wieder: Reichsversammlung, nicht Rätekongreß.

•

Ein Delegierter aus Essen hält dem Berliner Vollzugsrat einen Spiegel vor. „Bis hierher haben wir ihn draußen in der Provinz" — und greift sich an den Hals, ganz oben. Bis zum 25. Dezember hat er uns mit Brot für den Aufenthalt in Berlin versorgt. Ja, was glauben denn die Herren? Solange sollen wir hier sitzen und schwatzen, während uns draußen der Boden unter den Füßen brennt? Der Vollzugsrat will organisieren, er versteht sich aber nur auf Desorganisation. Und so fort, zwar ohne Grazie, aber mit wuchtigem Nachdruck. Ist das die Stimmung des ganzen Landes — Württemberg ausgenommen? Dann packt nur rechtzeitig Eure Koffer, Richard Müller und Brutus Molkenbuhr mit samt Euren Genossen. Die Delegierten scheinen keinen Spaß zu verstehen, die wollen Ordnung haben und Ruhe und Arbeit

Der Rätekongreß.

(Zweite Sitzung.) CB. **Berlin**, 17. Dezember.

Auch am heutigen Tage war der Saal des Abgeordnetenhauses dicht besetzt. Die Tribünen wiesen gleichfalls wieder starken Besuch auf. Den Vorsitz führte diesmal Seeger-Leipzig, der bekanntgab, daß die Fraktionsbildung weiter vorgeschritten sei. Es habe sich neben der sozialdemokratischen Fraktion und der Fraktion der Unabhängigen eine Großdemokratische Fraktion gebildet. (Große Unruhe.) Da volle Meinungs- und Gewissensfreiheit bestehe, so können dagegen Einwendungen nicht erhoben werden. (Zustimmung.) Zum Bericht der Volksbeauftragten haben sich nicht weniger als 50 Redner gemeldet. Da es unmöglich ist, diese Redner sämtlich anzuhören, wurde beschlossen, nur eine bestimmte Zahl von Vertretern aus den einzelnen Landsmannschaften zum Wort kommen zu lassen.

Gegen Eisners Politik

wandte sich Nikisch-Augsburg und gleichzeitig gegen das Treiben einer Gruppe Münchener Radikaler. Die Revolution kann nur bestehen, wenn sie sich auf die breiten Massen des Volkes stützt. Diese breiten Massen aber werden abgestoßen, wenn ein Hyperradikalismus undurchführbare und unerfüllbare Forderungen aufstellt. Nur daraus erklären sich die Versuche, Berlin den Charakter der Reichshauptstadt zu nehmen. Was berechtigt den Berliner Vollzugsrat, sich als Kontrolleur von Reichsbehörden aufzustellen. (Sehr richtig!) Das Kontrollrecht des Vollzugsrates ist erloschen, sobald die Nationalversammlung gewählt ist. (Zustimmung.)

Der Vollzugsrat greift auch Rabe-Brandenburg an. Er war ein Reichsorgan, kümmerte sich aber um alle Berliner Lokalangelegenheiten und untergrub als Reichsorgan den Reichsgedanken. Die Reichskonferenz hätte viel früher einberufen werden müssen. Der beste Sozialismus im Augenblick besteht darin, dem Volke Frieden, Freiheit und Brot zu schaffen. (Beifall.) Brass-Remscheid bespricht das Verhalten von Frontoffizieren im Rheinland und in Westfalen beim Rückmarsch des Heeres. Rote Fahnen und Abzeichen sind vielfach heruntergerissen worden. Redner verlangt Maßnahmen gegen gegenrevolutionäre Umtriebe. Wegmann-Berlin vom Vollzugsrat weist die Angriffe auf diese Körperschaft zurück. Gewiß haben manche Verhaftete wieder entlassen werden müssen, weil man keinen positiven Schuldbeweis führen konnte. Aber dann müssen wir ein Gesetz machen, durch das die Wiederholung solcher Vorkommnisse unmöglich gemacht wird. Sonst behalten diese Kreise die Möglichkeit, die Revolution abzuwürgen. (Lachen.)

Volksbeauftragter gegen Vollzugsrat.

Volksbeauftragter Landsberg: Ein solches Gesetz ist schlechterdings unmöglich, denn Revolutionäre noch Gegenrevolutionäre pflegen vorher die zuständigen Behörden von ihrem Vorhaben in Kenntnis zu setzen. (Heitere Zustimmung.) Wir geben uns über die gegenrevolutionären Strömungen keiner Täuschung hin. Nur darf man nicht gleich nervös werden. (Sehr richtig!) Wir sind allen Gerüchten nachgegangen. Aber es hat sich z. B. nicht bestätigt, daß General Sixt v. Arnim einen gegenrevolutionären Erlaß herausgegeben hat. General Eberhard aber ist wegen seines törichten Verhaltens sofort von seinem Posten entfernt worden. Mehr können wir nicht tun. (Sehr richtig!) Den verlesenen Geheimerlaß haben wir sofort dem Kriegsministerium überwiesen. Die uns erteilte Antwort hat uns nicht genügt und wir stehen wegen dieses Erlasses in ernsten Verhandlungen mit der Obersten Heeresleitung. (Hört, hört!) Was sollen wir weiter tun. (Zuruf: Totschießen!) Aber erst müssen hier doch einmal einen Tatbestand haben. Im übrigen kann ich mitteilen, daß der Kriegsminister gestern seinen Abschied eingereicht hat. (Vereinzelter Beifall.)

Nun zu Richard Müller. Er hat erklärt, recht objektiv sein zu wollen. Ich hatte mich ja auf verschiedenes gefaßt gemacht, aber er hat alle Erwartungen übertroffen. (Sehr richtig!) Sein Bericht war eine einzige Anklage gegen den Rat der Volksbeauftragten. Wenn jemand so wenig objektiv sein kann, sollte er lieber die Erstattung eines Berichtes ablehnen. (Sehr richtig!) Der Bericht des Vollzugsrats hat den Tatsachen direkt ins Gesicht geschlagen. Der Redner geht auf die einzelnen Fälle ein, widerlegt die Behauptungen des Vollzugsratsvorsitzenden Müller. Wer so vorgeht, kann sich über den Vorwurf der Diktatur nicht wundern. (Sehr richtig!) Fast jeder Tag brachte Konflikte, und noch in den letzten Tagen schon nach Ausschreibung dieses Kongresses ist vom Vollzugsrat der Antrag gestellt worden, den Volksbeauftragten

Ebert von seinem Platz zu entfernen.

(Hört, hört! und große Unruhe.) Müllers Verdienst ist es nicht, wenn der Antrag abgelehnt worden ist. Wenn der Berliner Vollzugsrat sich gegen den Verdacht schützen wollte, eine Diktatur für das ganze Reich errichten zu wollen, dann mußte er am ersten Tage nach der Revolution diesen Kongreß einberufen. (Stürmische Zustimmung.) Wir haben fortgesetzt darauf gedrängt, schon in den allerersten Tagen. (Hört, hört!) Es könnten noch zahlreiche Beispiele für Mißgriffe und Übergriffe des Vollzugsrates angeführt werden. Ich erwähne die Festnahme der Großindustriellen, die völlig unbegründet war. Müller hat sich auch scharf gegen den Reichsschatzsekretär Schiffer gewendet. Schiffer hat in seiner Rede gegen die ASR kein Wort gesagt. Er hat nur erklärt, daß jetzt von verantwortlichen und unverantwortlichen Stellen

sehr viel Geld ausgegeben

würde. (Zuruf: Das genügt!) Sind Ihnen denn nicht Fälle bekannt, wo tatsächlich viel Geld ausgegeben worden ist? Man kann es einem Reichsschatzsekretär doch nicht übel nehmen, wenn er auf Sparsamkeit sieht. (Sehr richtig!) Überall muß genaueste Rechnung gelegt werden, denn wir sind der Geschichte verantwortlich. Der uns in Berlin vorgelegte Etat enthielt für 45 Vollzugsratsmitglieder eine tägliche Entschädigung von je 50 Mark, für zwei Vertrauensleute ebenfalls von je 50 Mark, für 48 Vertrauensleute von je 40 Mark, für 42 Kuriere von je 40 Mark und für 48 Kuriere von je 30 Mark. 27 Stenotypisten erhalten je 25 Mark und 146 Stenotypisten je 15 Mark. Wir wissen bis heute nicht, was diese Vertrauensleute und Kuriere zu tun haben. Entweder man hat Vertrauen zu einer Regierung oder man hat es nicht, dann setzt man sie nicht ein.

Nach einer durch Ledebour verursachten Geschäftsordnungsdebatte, der findet, daß Barth zu lange gesprochen hat, wird auf Vorschlag Eberts beschlossen, daß auch einem Mitgliede des Vollzugsrates dieselbe Sprechzeit zugestanden wird wie Landsberg.

Ungeheure Sturmszenen

entwickeln sich, als nun Ledebour die Regierung und besonders Ebert angreift. Ein Mann wie Ebert gehöre nicht an seinen Platz, er sei ein Schandmal für die Regierung. Ledebour kann längere Zeit vor dem Lärm und dem Widerspruch nicht zu Wort kommen. Als er endlich wieder reden kann, setzt er seine Angriffe fort und spricht schließlich über die

Vorgeschichte der Revolution.

Dabei führt er aus: Seit Mitte von 1916 datiert das Bestreben einiger Vorkämpfer der Sozialdemokratie, durch eine Revolution die nichtswürdige Verbrechergesellschaft zu stürzen. Der Entschluß von 1916 verstärkte sich nach dem Januarstreik von 1918. Nach diesem Streik reifte der Entschluß, wenn es noch einmal losginge, dann ganze Arbeit zu machen. Alle Vorbereitungen wurden getroffen, und besonders haben sich Barth, Wegmann, Ecker, Däumig und andere Vollzugsratsmitglieder um die Sache verdient gemacht. Es fragte sich immer nur, wann losgeschlagen werden konnte. So haben wir Monat für Monat gewartet. Als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgte, hielten wir die Zeit für gekommen. Wir hatten auch Verbindungen mit der Front angeknüpft und arbeiteten erfolgreich, denn die Regierung war ja so gütig gewesen, alle Revolutionäre einzuziehen und in die Armee zu stecken. Wir wußten, daß ganze Regimenter übertreten würden. Nun kamen die entscheidenden Novembertage. Am 2. November fand eine Sitzung des Revolutionskomitees statt, an der auch Haase, Dittmann und Liebknecht teilnahmen. Wir beschlossen, am 4. November loszuschlagen, wir wußten, daß

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF